

Oom-Shmoom: Israels Kampf gegen die Vereinten Nationen

Avi Shlaim, jadaliyya.com, 07.07.230

Israels erster Premierminister, David Ben-Gurion, hatte große Vorbehalte den Vereinten Nationen (UN) gegenüber. Als glühender jüdischer Nationalist und Befürworter von Eigenständigkeit und direktem Handeln war sein Leitsatz in der Außenpolitik: „Es kommt nicht darauf an, was die Goyim (Nicht-Juden) sagen, sondern was die Juden tun“. In Übereinstimmung mit diesem Grundsatz bezeichnete er die Weltorganisation verächtlich als „Oom-Shmoom“. Oom ist das hebräische Akronym für Vereinte Nationen. Der Spitzname Oom-Shmoom bedeutet, dass die UNO unwichtig ist und getrost ignoriert werden kann.

Die von Ben-Gurion verbreitete Verachtung der UN prägt zwar nach wie vor Israels Haltung, aber diese Haltung gilt nicht für diejenigen, die innerhalb der Weltorganisation israelische Praktiken untersuchen oder versuchen, Israel zur Rechenschaft zu ziehen. Dann wird der Spott zur schonungslosen Verleumdung. Ein besonders ungeheuerliches Beispiel sind die Versuche Israels und seiner Apologeten, Francesca Albanese, die derzeitige UN-Sonderberichterstatterin zur Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten, zu diskreditieren und zu disqualifizieren.

Je mehr die brutalen und kriminellen Handlungen Israels aufgezeigt werden, desto aggressiver werden seine Vertreter und die mit ihm verbündeten Lobbygruppen in ihren Anstrengungen, Kritiker:innen zu verleumden und einzuschüchtern.

Sonderberichterstatter:innen der Vereinten Nationen sind renommierte Rechtsexpert:innen, die vom UN-Menschenrechtsrat ernannt werden und die Aufgabe haben, die Menschenrechtslage in der Welt zu überwachen und darüber zu berichten. Da sie nicht bezahlt werden und für eine begrenzte Zeit im Amt sind, genießen sie mehr politische Unabhängigkeit als die fest angestellten UN-Beamten.

Der Sonderberichterstatter für Palästina erstellt mehrmals im Jahr detaillierte Berichte über israelische Rechtsverletzungen. Gelegentlich führen diese zu Resolutionen, die das Vorgehen Israels verurteilen. Israel geht jedoch nur selten auf den Inhalt und die Ergebnisse dieser Berichte ein, und kritische Resolutionen gleiten ab wie Wasser auf dem Rücken einer Ente. Seine routinemäßige Reaktion besteht darin, den Überbringer der Botschaft zu erschießen; die bevorzugte Waffe für Rufmord ist es, den Überbringer der Botschaft als Antisemiten darzustellen. Dies gilt selbst dann, wenn der Sonderberichterstatter zufällig Jude ist, wie es bei Richard Falk der Fall war, der dieses Amt von 2008 bis 2014 innehatte.

Den Staat Israel zu kritisieren ist nicht per se antisemitisch. Antisemitismus und Antizionismus sind zwei unterschiedliche Phänomene. Der Zionismus ist die offizielle Ideologie des Staates Israel – eines unabhängigen Staates an einem bestimmten geografischen Ort.

Das Judentum ist eine Religion und seine Anhänger:innen leben sowohl innerhalb, als auch außerhalb des Staates Israel. Antisemitismus ist der Hass auf Juden als Juden, wo immer sie sich aufhalten. Antizionismus

ist die Opposition gegen die Ideologie des Staates Israel oder gegen einige seiner spezifischen Politiken und Praktiken als Besatzungsmacht. Es ist also durchaus möglich, Antizionist zu sein, ohne in irgendeiner Weise ein Antisemit zu sein.

Es ist auch möglich, sowohl Antizionist als auch Antisemit zu sein. Wenn Hass auf Juden das Motiv für die Kritik an Israel ist, ist das Antisemitismus. Israel und seine westlichen Apologet:innen vermischen jedoch beharrlich und meist absichtlich beide Phänomene, um die Befürworter:innen der palästinensischen Rechte und die Kritiker:innen Israels mit dem giftigen Begriff des Antisemitismus zu diffamieren.

Die derzeitige Sonderberichterstatterin für Palästina, Francesca Albanese, wurde erwartungsgemäß mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert. Albanese ist für diese Aufgabe, die sie pro bono ausübt, ausgezeichnet qualifiziert. Sie ist Akademikerin, Anwältin für internationales Recht und eine führende Expertin für palästinensische Flüchtlinge, die heute die größte staatenlose Flüchtlingsgemeinschaft der Welt sind. Gemeinsam mit Lex Takkenberg ist sie Autorin von *Palestinian Refugees in International Law*, der umfassendsten juristischen Abhandlung zu diesem Thema, die bei *Oxford University Press* erschienen ist.

Im Dezember 2022 wurde Albanese von einer Reihe israelischer Vertreter, Israel-Apologeten, ideologisch motivierter Journalisten und Social-Media-Aktivist:innen an den Pranger gestellt, weil sie sich vor Jahren antisemitisch geäußert haben soll, was sie für ein Amt bei der UN disqualifiziere. Die israelische Vertretung bei den Vereinten Nationen, die sich von Anfang an gegen ihre Ernennung ausgesprochen hatte, bezeichnete sie als pro-palästinensische Aktivistin, die eine erhebliche Voreingenommenheit gegenüber dem jüdischen Staat habe. Die israelische Regierung, die ihren unmittelbaren Vorgängern, Michael Lynk und Richard Falk, Besuche in der Westbank untersagt hat, verwehrt auch ihr den Zugang. Auch hochrangige US-Beamte haben sich dem Chor der Proteste gegen einige von Albaneses Äußerungen angeschlossen.

Das Simon-Wiesenthal-Zentrum schrieb am 14. Dezember 2022 in einem Brief an UN-Generalsekretär Antonio Guterres, „dass Albanese abgesetzt und die einseitige Hexenjagd des Menschenrechtsrates gegen Israel beendet werden müsse, wenn die UNO ihre Glaubwürdigkeit behalten will“. Dies ist nicht neu, sondern vielmehr ein wiederholter Ruf, der dazu dient, jede Stimme innerhalb der Vereinten Nationen zum Schweigen zu bringen, die den Staat Israel auch nur im Entferntesten kritisiert. Das ist die wahre Hexenjagd.

Dass Albanese geradeheraus ist, kann niemand bestreiten. Im Gegensatz zu vielen UN-Diplomaten scheut sie sich nicht, den Machthabern die Wahrheit zu sagen. Ihr Mandat besteht darin, „Israels Verstöße gegen die Grundsätze und Grundlagen des Internationalen Rechts zu untersuchen“, und das tut sie ohne Furcht und ohne jemanden zu bevorzugen. Sie bezeichnet sich selbst als eine kämpferische Juristin. Sie liebt ihren Beruf und besteht darauf, dass solange Gerechtigkeit nicht für alle gilt, sie für niemanden gilt. Im Gegensatz zu ihren Gegnern, die dem Antisemitismus Vorrang vor anderen Formen des Rassismus einräumen, wendet sie sich konsequent gegen alle Formen des Rassismus, einschließlich Antisemitismus und Islamophobie. Außerdem setzt sie sich unbeirrbar und lobenswert offen für die Menschenrechte und die Meinungsfreiheit ein.

Die vorgebrachten Argumente für die Behauptung, Albanese sei antisemitisch, sind fadenscheinig und absolut nicht überzeugend. Die *Times of Israel* führte am 14. Dezember 2022 den Chor der Beschuldiger an. In einem scheinbar politisch motivierten Angriff bezog sie sich auf einen *Facebook*-Post von ihr aus dem Jahr 2014. Darin schrieb sie: „Amerika und Europa, das eine von der jüdischen Lobby unterworfen, das andere

vom Schuldgefühl wegen des Holocausts, bleiben im Abseits“. Der beanstandete Beitrag war eine persönliche Aussage, acht Jahre bevor sie ihr Amt bei der UNO antrat.

Antisemitismus und Pro-Zionismus schließen sich nicht gegenseitig aus, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Wie Theodor Herzl, der Gründer der zionistischen Bewegung und Visionär des jüdischen Staates, vor über einem Jahrhundert voraussagte: „Die Antisemiten werden unsere treuesten Freunde sein“.

Der Kontext, den ihre Kritiker stets ausklammern, war ein brutaler israelischer Angriff auf den Gaza-Streifen, der mehr als 2.000 Palästinenser:innen, darunter 550 Kinder, das Leben kostete. Wie es in Israel üblich ist, wurde der Angriff irreführend als *Operation Protective Edge* bezeichnet. Doch es hatte nichts mit Schutz zu tun. Es handelte sich um die Anwendung von Gewalt gegen Zivilisten zu politischen Zwecken und damit um einen Akt des Staatsterrorismus.

Albanese hatte allen Grund, Amerika und Europa dafür zu tadeln, dass sie nichts unternommen hatten, um den Aggressor zurückzuhalten. Die Verwendung des Begriffs „jüdische Lobby“ war ungeschickt, weil er das Klischee der verdeckten jüdischen Macht nährt. Es wäre zutreffender gewesen, den Begriff „Israel-Lobby“ zu verwenden und zu sagen, dass Amerika von dieser Lobby „unterworfen“ wird, was sicherlich eine Übertreibung.

Sie räumte ein, dass sie sich falsch ausgedrückt hatte, und distanzierte sich von der von ihr verwendeten Sprache. Gleichzeitig bekräftigte sie ihre Entschlossenheit, sich nicht von ihrem Auftrag ablenken zu lassen, über israelische Menschenrechtsverletzungen zu berichten, und sich nicht von anderen definieren zu lassen, wer sie ist oder wofür sie steht.

Albaneses Selbstreflexion machte für ihre Kritiker wenig Unterschied. Ihr Problem mit ihr ist nicht die Sprache, die sie verwendet, sondern vielmehr die Aufmerksamkeit, die sie auf Israels eklatante Verstöße gegen internationales Recht und ihre prinzipielle Verteidigung der palästinensischen Menschenrechte lenkt. Die Angriffe auf sie unterstellen, dass es automatisch antisemitisch ist, Israel für die Verletzung der Rechte der Palästinenser:innen zur Verantwortung zu ziehen. Es wäre ehrlicher gewesen, wenn sie das direkt gesagt hätten.

Ganz allgemein zielen solche Angriffe darauf ab, die Aufmerksamkeit von der Tatsache abzulenken, dass Millionen von Palästinenser:innen unter einem Apartheidregime leben, das sie ihrer Grundrechte beraubt, was von Palästinenser:innen seit Jahrzehnten dargelegt und in den letzten Jahren von den führenden Menschenrechtsorganisationen der Welt bestätigt wurde.

Indem sich ihre Gegner sich unerbittlich auf frühere Kommentare konzentrieren, die Albanese in den sozialen Medien gepostet hatte, zielen sie darauf, die Aufmerksamkeit von der inhaltlichen Arbeit abzulenken, die sie seit ihrer Ernennung durch den UN-Menschenrechtsrat geleistet hat. Ihr erster Bericht (1), der im September 2022 vorgelegt wurde, war eine gründliche analytische und sorgfältig dokumentierte Untersuchung des Rechts auf Selbstbestimmung, wie es für die seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiete gilt.

In diesem Dokument geht Albanese weiter, oder besser gesagt, tiefer als in den bahnbrechenden Menschenrechtsberichten, die zu dem Schluss kommen, dass Israels Behandlung der Palästinenser:innen dem Ver-

brechen der Apartheid gleichkommt. Sie hat den Apartheid-Rahmen nicht fallen gelassen, sie sieht ihn als notwendig, aber auch als unzureichend an. **Das Besondere ihrer Analyse liegt vielmehr darin, dass sie den rechtlichen Rahmen dafür schafft, die Besatzung als Produkt des Siedlerkolonialismus zu betrachten. Aus dieser Perspektive ist Israel-Palästina kein Konflikt, sondern eine Beziehung zwischen einem Besatzer und einem Besetzten, zwischen einem Kolonisator und einem Kolonisierten.**

Diese koloniale Realität, so Albanese, hält beide Bevölkerungen gefangen, und die Verwirklichung des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung ist der Schlüssel zur Änderung dieser Realität, denn ohne dieses Recht können die Palästinenser:innen keines ihrer anderen Grundrechte wahrnehmen. Die Abschaffung der Besatzung und des damit untrennbar verbundenen Apartheidregimes ist ihrer Meinung nach die Grundvoraussetzung für eine friedliche Lösung in Israel-Palästina.

Albanese kritisiert die internationale Gemeinschaft offen für ihre Heuchelei, wenn sie für eine Zwei-Staaten-Lösung eintritt, aber nichts dafür tut. Ihr Bericht stellt einen Paradigmenwechsel dar: Das Recht sollte die Politik bestimmen und nicht umgekehrt. Kein Wunder, dass sie bei Israel und der Pro-Israel-Lobby nicht beliebt ist. Da sie nicht in der Lage sind, ihre Argumente zu widerlegen, greifen sie zu Ad-hominem-Angriffen und Rufmord. Ihr Ziel ist es, sie zu diskreditieren, sie von der Erfüllung ihres UN-Mandats abzulenken und ihre Bemühungen zu untergraben, Israel für seine alltäglichen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zur Rechenschaft zu ziehen.

In letzter Zeit wurden mehrere Kampagnen gestartet, um die UNO unter Druck zu setzen, Albanese aus dem Amt zu entfernen. Diese jüngste Serie von Angriffen folgte auf einen von ihr geposteten Tweet, in dem es hieß: „Israel hat das Recht, sich selbst zu verteidigen, kann es aber nicht für sich in Anspruch nehmen, wenn es um die Menschen geht, die es unterdrückt/deren Land es kolonisiert.“ Dieses Argument ist eine legitime Auslegung des Gesetzes. Folglich wurde ihr Tweet falsch dargestellt und verzerrt, und sein Vorbehalt wurde weggelassen, um die falsche Behauptung aufzustellen, Albanese bestreite, dass Israel ein Recht auf Selbstverteidigung habe. Für politisch motivierte zionistische Gruppen wie *UN Watch*, *NGO Monitor* und das *International Legal Forum* diente der Tweet als bequemer Vorwand, um die persönlichen Angriffe auf Albanese zu verschärfen.

Das *International Legal Forum (ILF)*, das sich als globales Netzwerk von mehr als 4.000 pro-israelischen Anwälten und Aktivisten darstellt, hat in einem Brief vom 11. April 2023 an den UN-Generalsekretär Antonio Guterres und den Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk eine wütende Tirade gegen Albanese losgelassen und ihren Tweet als „weiteren Beweis“ für ihre „unerbittliche, systematische und verstörende Voreingenommenheit gegenüber Israel“ angeführt. Bezeichnenderweise forderte sie den Generalsekretär auf, Albanese nicht nur zu entlassen, sondern ihr Amt ganz zu streichen. „Die UNO wäre weitaus besser bedient“, so die Schlussfolgerung, „wenn sie das Mandat von Frau Albanese durch einen Sonderberichterstatter für die Bekämpfung von Antisemitismus ersetzen würde“. Das *ILF* arbeitet eng mit der israelischen Regierung zusammen und hat von ihr auch finanzielle Unterstützung erhalten.

Bei dieser Gelegenheit intervenierte die israelische Regierung direkt auf offizieller Ebene in einem aggressiven Versuch, die Sonderberichterstatterin auszugrenzen und zum Schweigen zu bringen. Amichai Chikli, Israels Minister für Diaspora-Angelegenheiten und den Kampf gegen Antisemitismus, sandte ein weiteres Schreiben an den UN-Generalsekretär und den Hochkommissar für Menschenrechte. Chikli prangerte

Albaneses „verwerfliche, unverantwortliche und zum Terror anstiftende Äußerungen“ an und forderte die UNO auf, „Frau Albaneses Position dauerhaft zu beenden“.

Dieses Verhalten steht im Einklang mit Chiklis Bilanz als ultranationalistischer Rechtspolitiker. In einem Podcast aus dem Jahr 2021 lehnte Chikli zum Beispiel die palästinensische Identität ab und forderte ihre Abschaffung. „Das ist die nationale Identität der Palästinenser. Es gibt keine palästinensische nationale Identität mit einem eigenen positiven Inhalt. Deshalb werden wir diesen Konflikt erst dann los, wenn diese nationale Identität aufhört zu existieren“.

Israels bevorzugte Waffe bei der Durchführung einer globalen Delegitimierungskampagne gegen seine Kritiker ist die „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“, der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)*. Viele Juristen und Antisemitismusforscher haben festgestellt, dass diese schlecht formuliert, in sich nicht schlüssig, hoffnungslos vage, anfällig für politischen Missbrauch und insgesamt nicht zweckmäßig ist. Sie erfüllt nicht die elementarste Anforderung an eine Definition, nämlich zu definieren.

Ein weiteres von der israelischen Regierung ausgewähltes Ziel ist die *Independent International Commission of Inquiry on the Occupied Palestinian Territory and Israel* [unabhängige internationale Untersuchungskommission für die besetzten palästinensischen Gebiete und Israel], die vom UN-Menschenrechtsrat im Jahr 2021 eingesetzt wurde.

In ihrem ersten Bericht, der im Mai 2022 veröffentlicht wurde, fanden sich umfangreiche Beweise für zahlreiche israelische Verstöße gegen die internationalen Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht sowie für systematische Straflosigkeit und fehlende Rechenschaftspflicht für die Urheber solcher Verstöße. Israel weigert sich, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, und wies ihren Bericht als „eindeutig antisemitisch“ zurück.

Ein weiterer hochrangiger UN-Beamter, der Ziel einer Verleumdungskampagne ist, ist Craig Mokhiber, der Direktor des New Yorker Büros des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR). Mokhiber kann auf eine beeindruckende Erfolgsbilanz in der Menschenrechtsarbeit zurückblicken, die sich über mehr als vier Jahrzehnte erstreckt. Wegen seiner ausdrücklichen Kritik an Israels Behandlung der Palästinenser starteten ideologische Medien und Organisationen, die sich auf die Verteidigung Israels spezialisiert haben, wie *UN Watch* und das *Simon Wiesenthal Center*, im März 2023 einen koordinierten Angriff, in dem sie Mokhiber als „extrem israelfeindlich“ und „antisemitisch“ bezeichneten. Die israelische Vertretung bei den Vereinten Nationen in Genf gab eine Erklärung ab, in der sie diese Ad-hominem-Angriffe noch verstärkte.

Israels bevorzugte Waffe bei der Durchführung einer globalen Delegitimierungskampagne gegen seine Kritiker ist die „Arbeitsdefinition von Antisemitismus“, die die *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* im Mai 2016 angenommen hat. Wie viele Kommentatoren, Juristen und Antisemitismusforscher festgestellt haben, ist die *IHRA*-Arbeitsdefinition schlecht formuliert, in sich nicht schlüssig, hoffnungslos vage, anfällig für politischen Missbrauch und insgesamt nicht zweckmäßig. Sie erfüllt nicht die elementarste Anforderung an eine Definition, nämlich zu definieren. In der schwammigen Zwei-Satz-Kerndefinition wird Israel nicht namentlich erwähnt, aber nicht weniger als sieben der elf "zeitgenössischen Beispiele für Antisemitismus", die zur Veranschaulichung angefügt sind, beziehen sich auf Israel.

Einer der Punkte in der Liste der Beschuldigungen gegen Albanese ist ihre scharfe Kritik an der IHRA-Definition und ihre Aufforderung an die Europäische Union, ihre Unterstützung und Verwendung dieser Definition zu überprüfen und zu überdenken. Sie wies darauf hin, dass die Vermischung von Kritik an Israel mit Antisemitismus oft dazu führt, dass Menschenrechtsgruppen des Antisemitismus bezichtigt werden, obwohl sie in Wirklichkeit legitime, auf Fakten basierende Bedenken über die israelische Politik äußern. Unter Berufung auf Kenneth Roth, den ehemaligen Exekutivdirektor von Human Rights Watch, schrieb Albanese auf Twitter, dass "ein solches Vorgehen auch die Bedeutung des Antisemitismus abwertet und den Kampf gegen ihn schwächt".

Für den Mut und das Engagement, das sie bei der Erfüllung ihres UN-Mandats gezeigt hat, gebührt Albanese nichts als Anerkennung. Die meisten Angriffe auf sie aus zionistischen Kreisen kann sie sogar als Ehrenabzeichen tragen.

Die Vereinten Nationen, die Frau Albanese als langsam und zurückhaltend wie ein Dinosaurier betrachtet, haben kürzlich weitere Schritte unternommen, um Israel zur Rechenschaft zu ziehen. Im Januar 2023 forderte die Generalversammlung den Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag auf, ein Gutachten über die rechtlichen Folgen der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete abzugeben. Israel hat den Antrag zurückgewiesen und argumentiert, der IGH sei voreingenommen.

Premierminister Benjamin Netanjahu nannte es „eine verabscheuungswürdige Entscheidung“. Die palästinensische Unterstützung der Anrufung des Weltgerichtshofs wurde von israelischen Vertretern als „diplomatischer Terrorismus“ bezeichnet. Diese Art von Geschwätz ist es, die *Chuzpe* einen schlechten Ruf verpasst. Die Wahrheit ist, dass Israel Angst vor dem IGH hat – nicht weil er parteiisch ist, sondern weil er unparteiisch ist.

Noch beunruhigender für Israel ist die Entscheidung der vorherigen Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag, Fatou Bensouda, Kriegsverbrechen in der Westbank und im Gaza-Streifen zu untersuchen. Beim IGH handelt es sich um ein zivilrechtliches Verfahren, beim IStGH um eine strafrechtliche Untersuchung. Unabhängig davon, woher die Anschuldigungen kommen, ist Israels instinktive Reaktion, in die Offensive zu gehen. Die Maxime, dass Angriff die beste Form der Verteidigung ist, wird seit langem praktiziert. Je mehr die brutalen und kriminellen Handlungen Israels aufgezeigt werden, desto aggressiver werden seine Sprecher und die mit ihm verbündeten Lobbygruppen in ihren Anstrengungen, seine Kritiker zu verleumden und einzuschüchtern.

Was die israelische Regierung und ihre Verbündeten im Ausland gemeinsam haben, ist die Unfähigkeit oder vielmehr der Unwille, eine objektive Berichterstattung über Israel zuzulassen. Sie sind fest entschlossen, jede Kritik an Israel, egal wie faktenbasiert, logisch und rational sie auch sein mag, als Beweis für antijüdische Bigotterie zu betrachten.

Paradoxerweise sind die einzigen, die einen Freifahrtschein erhalten, echte Antisemiten wie der ehemalige amerikanische Präsident Donald Trump, Viktor Orbán, der ungarische Ministerpräsident, und der ehemalige Präsident Brasiliens, Jair Bolsonaro. Alle drei sind notorisch rassistische Politiker, aber ausgesprochene Israel-Befürworter. Antisemitismus und Pro-Zionismus schließen sich nicht gegenseitig aus, wie es auf den

ersten Blick scheinen mag. Wie Theodor Herzl, der Gründer der zionistischen Bewegung und Visionär des jüdischen Staates, vor über einem Jahrhundert voraussagte: „Die Antisemiten werden unsere treuesten Freunde sein“.

Heute ist es Israel, das auf der Anklagebank sitzt, und nicht die UN-Sonderberichterstatterin für die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten. Albanese ist eine außerordentlich kompetente und gewissenhafte internationale Expertin. Für den Mut und das Engagement, das sie bei der Erfüllung ihres UN-Mandats gezeigt hat, gebührt ihr nichts als Anerkennung. Die meisten Angriffe auf sie aus zionistischen Kreisen kann sie sogar als Ehrenabzeichen tragen.

Eine letzte Ironie. Die drei Hauptsäulen des Judentums sind Wahrheit, Gerechtigkeit und Frieden. Albanese verkörpert diese Werte in bemerkenswert hohem Maße. Und es wird viele Juden auf der ganzen Welt geben, die durch Israels Verrat an diesen zentralen jüdischen Werten beunruhigt sind, insbesondere seit der Bildung der aggressiv anti-palästinensischen, rechtsextremen, fremdenfeindlichen, homophoben und offen rassistischen Koalitionsregierung unter Benjamin Netanjahu, die vielleicht Grund dazu hätten, ihr dafür zu danken, dass sie diese Werte in diesem kritischen Moment in Israels Geschichte hochhält.

Avi Shlaim ist emeritierter Professor für internationale Beziehungen an der Universität Oxford und Mitglied der British Academy. Er ist einer der bedeutendsten "Neuen Historiker" Israels und Autor von u.a. Collusion across the Jordan: King Abdullah, the Zionist Movement, and the Partition of Palestine (1988), and The Iron Wall: Israel and the Arab World (2000).

Quelle: <https://www.jadaliyya.com/Details/45189/Oom-Shmoom-Israel%E2%80%99s-Battle-against-the-United-Nations>

1. https://www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2022/10/A.77.356_210922.pdf

(Im Originalartikel gibt es weitere Links)

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de